

Debatte über Nutzung

Burgstallstraße soll Teil der Ortskernsanierung werden

OBERMICHELBACH – Über die weitere Vorgehensweise in Sachen Burgstallstraße zeichnen sich bereits wenige Tage nach dem Bürgerentscheid gemeinsame Ideen und Vorstellungen ab. So soll die Neugestaltung des Grundstückes im Rahmen eines Gesamtkonzeptes für die Sanierung des Ortskerns mit weiteren gemeindlichen Anwesen erfolgen.

In diesem Sinne äußerten sich sowohl Bürgermeister Reinhold Hum als auch Grünen-Rätin Ingrid Wendler-Aufrecht. Außerdem soll künftig bei allen wichtigen Themen das Instrument der Bürgerbeteiligung verstärkt genutzt werden, erklärte Herbert Jäger (FW). Darüber herrscht Einigkeit: „Wenn wir eines aus dieser Angelegenheit gelernt haben, dann vor allem dies“, sagte CSU-Fraktionssprecher Dietrich Beer.

Während man sich in der CSU nachdenklich gibt, fühlt man sich auf der Gegenseite durch den Ausgang der Abstimmung klar bestätigt: Ein Erfolg, den sich die Initiatoren der Bürgerinitiative zuschreiben dürfen, wertet FW-Sprecher Jäger.

Wendler-Aufrecht von den Grünen verweist in diesem Zusammenhang auf deutlich mehr Ja-Stimmen für das Bürger- als für das Ratsbegehren (siehe dazu auch *nebenstehenden Artikel*). Bestätigt fühlt sich die Opposition aber auch weit über das Thema der Abstimmung hinaus: „Ob Bürgerbeteiligung oder Sanierungskonzept für den Ortskern – beides sind alte Wünsche und Forderungen der Min-

derheitsfraktionen, von denen die CSU lange Zeit nichts wissen wollte“, so Wendler-Aufrecht weiter.

Die Union hat es dafür jetzt umso eiliger: Laut Beer soll der Bürgerwille unverzüglich umgesetzt werden, auch wenn sich seine Fraktion gegen den Erhalt des Wohnhauses an der Engstelle ausgesprochen hat. „Damit soll der Eindruck vermieden werden, dass man das Bürgervotum einfach aussitzt, um dann nach Ablauf der einjährigen Bindungsfrist doch zu tun, was man eigentlich vor hatte“, erklärte Hum.

Bürgermeister skeptisch

„Die Abrissgegner müssen jetzt aber auch Ross und Reiter nennen“, forderte Beer. „Sie haben nun die Gelegenheit zu zeigen, wie ernst es ihnen ist, und wie tragfähig ihre Vorstellungen sind.“ Die CSU sei zur konstruktiven Zusammenarbeit bereit, allerdings innerhalb der vorgegebenen Parameter.

Das bedeutet: Sanierung des Wohnhauses für nicht mehr als 150 000 Euro, wie von den Abrissgegnern vor dem Entscheid verlautbart. Nun müsse aber vor allen Dingen ein Nutzungskonzept für das Wohnhaus her, verlangte der Bürgermeister. Denn dieses einfach nur zu sanieren, damit es als Verkehrsbremse stehen bliebe, mache keinen Sinn, Hum jedenfalls ist nach wie vor skeptisch: „Ich sehe immer noch keine überzeugende Nutzungsmöglichkeit für das Haus.“

JOHANNES GOECKE